

SP Kanton Bern - Postfach 2947 - 3001 Bern

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern
Rechtsabteilung
Münsterplatz 3a
Postfach, 3000 Bern 8
consultation@vol.be.ch



Bern, 19. August 2019

VERNEHMLASSUNGSANTWORT

Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zum Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

Grundsätzliches

Die SP Kanton Bern lehnt die finanzielle Unterstützung der privaten Flughafen Bern AG ab. Auch auf Beiträge an Sicherheitskosten oder an die Infrastruktur des Flughafens ist in Zukunft zu verzichten. Sollte der Regierungsrat am Vorschlag festhalten und dem Grossen Rat ein entsprechendes Gesetz vorlegen, wird die SP das Eintreten bestreiten. Bei einer Annahme des Geschäfts durch den Grossen Rat wird die SP Kanton Bern ein Referendum prüfen.

Die Vernehmlassungsbeurteilung der SP Kanton Bern orientiert sich an den nachfolgend weiter ausgeführten vier Aspekten:

Aspekt 1, Klimapolitik und Nachhaltigkeit

In den Richtlinien der Regierungspolitik 2019 – 2022 geht der Regierungsrat von der Grundmaxime «Nachhaltige Entwicklung» aus:

Nachhaltige Entwicklung verlangt, dass Bedürfnisse der heutigen Generation erfüllt werden, ohne die Zukunft kommender Generationen zu beeinträchtigen. Sie orientiert sich an den Zielen «wirtschaftliche Entwicklung», «gesellschaftliche Entfaltung» und «Erhaltung der Lebensgrundlagen». Übergeordnetes Ziel ist es, die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner zu erhalten und zu verbessern.

Ebenso hat sich der Grosse Rat in der Sommersession 2019 mit einer Erklärung den Kampf gegen die Klimaerwärmung auf die Fahnen geschrieben. Diesen Zielen widerspricht eine Subventionie-

rung des Flughafens Bern. Nicht nur trägt der Flugverkehr stark zur Klimaerwärmung bei, gleichzeitig bewirkt die Förderung des Flugverkehrs eine Einschränkung der «Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner» durch Fluglärm und Abgas-Emissionen.

Während die eidgenössischen Räte eine Besteuerung des Flugverkehrs mit einer CO₂-Abgabe prüfen, will der Berner Regierungsrat Flugtickets ab Bern indirekt mit Steuergeldern verbilligen.

Aspekt 2, öffentliches Interesse

Das öffentliche Interesse begründet der Regierungsrat im Vortrag unter anderem mit einer Zuordnung des Flugverkehrs zum Öffentlichen Verkehr: «Linien- und Charterverbindungen gewährleisten die Anbindung an Feriendestinationen (vor allem im Sommer) und an europäische Städte, insbesondere an einen Hub mit (interkontinentalen) Umsteigeverbindungen.» Weiter unten im selben Vortrag widerspricht sich der Regierungsrat: «Der Kanton Bern setzt sich für gute nationale Bahnverbindungen an die drei Landesflughäfen und für internationale Bahnverbindungen nach Norden und Süden ein. Deshalb ist ein Beitrag des Standortes an den Aufbau von Linienverbindungen nicht angezeigt.» Die Hauptstadt Bern ist mit 3 Landesflughäfen in zumutbarer Zeit mit dem ÖV erreichbar, davon können andere europäische Metropolen nur träumen.

Im Weiteren kann die indirekte Subventionierung von Ferienflügen kein staatliches Ziel im öffentlichen Interesse sein, genau so wenig wie die indirekte Unterstützung von Privatflügen mit Businessjets, der einzigen Sparte mit einem gewissen wirtschaftlichen Potential am Flughafen Bern-Belp.

Aus der Sicht der SP Kanton Bern soll sich die Berner Regierung für eine gute Anbindung an europäische Städte einsetzen, und zwar indem sie sich stark macht für bessere Bahnverbindungen im Interesse aller Bernerinnen und Berner. Im Vordergrund steht dabei die Wiedereinführung von Nachtzügen ab Bern/Interlaken, was auch dem Tourismus entgegenkommt. Dies gilt auch für den Wiederanschluss von Interlaken/Bern an Paris (Direktzüge Interlaken - Bern - Paris). Dazu könnte das halbstaatliche Unternehmen BLS endlich in den Fernverkehr einsteigen.

Aspekt 3, volkswirtschaftlicher Nutzen

Im Vortrag rechtfertigt der Regierungsrat das volkswirtschaftliche Interesse mit folgender Aussage: «Charterflüge ab Flughafen Bern sind beliebt und wirtschaftlich erfolgreich.» Wenn dem so wäre, sähe sich der Regierungsrat nicht veranlasst, in den Markt einzugreifen, um die Nachfrage mit einer indirekten Preissenkung von Flugtickets ab Bern-Belp zu stimulieren, dies in Widerspruch zu marktwirtschaftlichen Überlegungen.

Bereits in den letzten Jahren wurden Steuergelder in den Flughafen Bern Belp als Infrastrukturbeiträge investiert und es zeigt sich einmal mehr, dass die fehlende Nachfrage nicht mit Steuergeldern erzwungen werden kann. Unberücksichtigt bleibt in der Analyse des Nutzens des Flughafens der volkswirtschaftliche Schaden durch den Flugverkehr: Aufgrund des Fluglärms erleiden Immobilien in der Region Bern einen Wertverlust, sie sind für private Investoren weniger attraktiv. Eingeschränkt wird auch die Lebensqualität durch Emissionen in den Naherholungsgebieten um den Flughafen.

Hält die Berner Regierung an der Subventionierung des privaten Flughafens fest, ist der volkswirtschaftliche Nutzen mit einer unabhängigen Studie zu belegen, und zwar unter Einbezug des volkswirtschaftlichen Schadens durch die Emissionen.

Aspekt 4, kantonale Finanzen

Mit öffentlichen Geldern ist in einem Kanton, welcher sich ständig zu Abbaumassnahmen in der Bildung und im Sozialen gezwungen sieht, sehr sorgfältig umzugehen. Es gibt wesentlich Wichtigeres in den kantonalen Aufgaben als Ferienreisen zu verbilligen und einen «Abflug vor der Haustür» zu ermöglichen.

Mit Beiträgen an den Flughafen hat der Kanton Bern bereits über 16 Mio. ausgegeben für eine Infrastruktur, die sich aufgrund der ungenügenden Nachfrage nach Flügen ab Bern-Belp als volkswirtschaftliche Fehlinvestitionen erweisen.

Forderungen der SP Kanton Bern

- Auf Beiträge an die Flughafen Bern AG ist zu verzichten und der entsprechende Gesetzesvorschlag ist nicht weiter zu verfolgen.
- Es sind keine Beiträge an die Sicherheitskosten durch den Kanton zu leisten, auch wenn der Bund seine diesbezügliche Unterstützung reduziert.
- Weitere kantonale Beiträge an die Infrastruktur des Flughafens sind auszuschliessen.

Im Vortrag erwähnt der Regierungsrat, der Betrieb des Flughafens könne «zwar auch ohne Unterstützung der öffentlichen Hand in stark redimensionierter Form sichergestellt und finanziert werden». Diese Option steht aus Sicht der SP Kanton Bern im Vordergrund. Eine Schliessung des Flughafens zu prüfen ist Sache der Flughafen Bern AG als Privatunternehmen. Es hat sich als solches am Markt bzw. an der Nachfrage zu orientieren. Die SP Kanton Bern verlangt aber, dass in diesem Falle Lösungen für die von der Schliessung des Flughafens betroffenen Angestellten gesucht werden.

Wir danken Ihnen bestens für die Möglichkeit zur Stellungnahme und eine wohlwollende Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Mirjam Veglio
Co-Präsidentin



Ueli Egger
Co-Präsident



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär